

5. / v. 1915.

Die Approbationierung im Kriege.**Besprechung im Rathause über die Brotfrage.**

Zur Beseitigung der Klagen über die Qualität.

Die „Rathauskorrespondenz“ berichtet: Bekanntlich gibt seit Mitte voriger Woche die Gemeinde das zur Broterzeugung erforderliche Mehl an die Wiener Bäcker in einem wesentlich besseren Verhältnis zwischen Edel- und Ersatzmehl ab. Auf je einen Sack reinen Roggenmehles entfallen nur zwei Sacke frisch gemahlene Weizenmehles. Da trotzdem die Klagen über die Qualität des Brotes in Wien nicht verstummen, hat der Bürgermeister gestern die Vertreter der Genossenschaft der Bäcker zu einer Besprechung in das Rathaus geladen, um über die geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der bei der Broterzeugung zutage getretenen Uebelstände schlüssig zu werden. Der Bürgermeister betonte die Notwendigkeit der Herausgabe einer Verordnung, in der der Prozentsatz der Beimengung des als Bindemittel zu verwendenden Futtermehles beschränkt und die Verwendung nicht einwandfreien Futtermehles verboten werde.

Der Marktdirektor trat für die Beimengung von Kartoffelbrei zu dem von der Gemeinde beigegebenen Mehl nebst einem Zusatz von Salz, Anis oder Kümmel in entsprechender Menge ein, um so das Brot schmackhafter zu machen. Er wies auf die Militärbäckereien hin, in denen durch solche Zusätze ein gutes Brot erzeugt wird. Der Marktdirektor legte verschiedene Backproben vor, darunter ein nach seinem Rezept hergestelltes Brot, das einen Kartoffelbreizusatz enthielt und allgemein als wohl-schmeckend bezeichnet wurde.

Die Vertreter der Genossenschaft trafen auf die derzeitigen Schwierigkeiten in Bäckereibetriebe hin, da vielfach die Betriebsinhaber und ihr geschultes Personal eingerückt seien, so daß manche Betriebe von den Frauen der Betriebsinhaber und mit ungeübtem Hilfspersonal geführt werden müssen. Sie gaben zu, daß in einigen Betrieben tatsächlich das nur als Bindemittel heranzuziehende Futtermehl übermäßig verwendet werde und versicherten, daß sie selbst die Hinausgabe der vom Bürgermeister ins Auge gefaßten Verordnung begrüßen. Sie erklärten auch, daß die Bäckergenossenschaft den Angriffen gegen den Bürgermeister und das Rathaus vollkommen fernstehe, daß vielmehr das ganze Wiener Bäckergewerbe die Verdienste des Bürgermeisters gerade in der Mehlfrage voll und ganz würdige und ihm dafür zu

großem Dank verpflichtet sei. Die Genossenschaft hat bei dieser Gelegenheit, sie von Umständen in einzelnen Bäckereibetrieben in Kenntnis zu setzen, damit sie ihrerseits alles zur Behebung dieser Umstände Erforderliche veranlassen könne; zu diesem Zweck erklärte sich die Genossenschaft bereit, in jedem Bezirk einen Vertrauensmann zu bestellen.

Schließlich einigte man sich dahin, daß im Wege einer Magistratsentscheidung die Verwendung nicht reinen oder nicht autorisierter Futtermehles verboten und weiter angeordnet werde, daß der Zusatz an Futtermehl 10 Prozent, jener an Kartoffelbrei 20 Prozent des Gesamtgewichtes der zu verarbeitenden Mehlmenge nicht überschreiten dürfe.